

Jahresrückblick des Präsidenten



Verheerende Unwetter im Juni in Graubünden, im Wallis und im Tessin und im August in Brienz (Berner Oberland) haben Menschenopfer gefordert und grosse Schäden angerichtet. Hunderte Menschen haben ihr Hab und Gut ganz oder teilweise verloren und mussten ihr Zuhause verlassen. Die betroffenen Gemeinden waren organisatorisch und personell bis aufs Äusserste gefordert. Neben grossen Schäden am Privateigentum entstanden beträchtliche Schäden an den Infrastrukturen von Kantonen und Gemeinden, was für viele Gemeinden zu immensen finanziellen Herausforderungen führt.

Die Schweizer Patenschaft für Berggemeinden hat rasch reagiert und im Falle der Unwetter im Misox, im Val d'Anniviers, im Mattertal und im Val d'Hérens bereits am Folgetag eine Million Franken in den Unwetter-Fonds für Sofortmassnahmen bereitgestellt. Nach weiteren Überschwemmungen im Tessin wurde der Betrag um eine weitere Million Franken aufgestockt.

Die Solidarität der Bevölkerung, der Gönnerinnen und Gönner, Stiftungen und Firmen mit den Opfern der Katastrophen war gross. Nach einem Spendenaufruf stehen bei der Schweizer Patenschaft für Berggemeinden – Stand Ende Jahr – insgesamt 6.7 Millionen Franken bereit.

Damit erhalten finanzschwache Gemeinden die Möglichkeit, den Wiederaufbau der zerstörten öffentlichen Einrichtungen voranzutreiben sowie Folgeprojekte anzupacken, die mithelfen, das Schadensausmass künftiger Katastrophen zu mindern.

Die Häufung solcher Extremereignisse gibt zu denken. Dass zehn Menschen bei den Schlammlawinen im Sommer 2024 ihr Leben verloren, erschüttert uns.

Wer sich angesichts der Unwetter in diesem Sommer und angesichts der Tatsache, dass Hangrutsche, Murgänge und Hochwasser zukünftig eher zu- als abnehmen werden, fragt, wie Menschen auch in Zukunft im Berggebiet und in exponierten Bereichen wohnen, arbeiten und ihre Freizeit verbringen können, findet die Antwort bei der Bewältigung von Grossereignissen in der Vergangenheit. Die Bevölkerung im Berggebiet ist sich gewohnt, mit einer Natur zu leben, die manchmal lieblich und wunderschön, manchmal aber auch tobend und zerstörerisch sein kann. Sie war in der Vergangenheit immer wieder gezwungen, mit Naturkatastrophen zu leben, mit diesen umzugehen und sich so gut wie möglich dagegen zu schützen. Sie ist sich bewusst, dass es auch zukünftig solche Ereignisse geben wird. So ist mir nicht bange um die Bergbevölkerung. In aller Regel ist der Wille, seinen Lebensraum zu erhalten und

im Berggebiet zu bleiben, gross. Allerdings gilt es auch, die Risiken durch geeignete Massnahmen vertretbar zu halten.

Dabei und bei der Bewältigung solcher Ereignisse sind die Berggemeinden auf die Solidarität und die Hilfe von aussen angewiesen, weil sie die notwendigen Kosten und Investitionen aus eigener Kraft kaum je tragen können.

Gebetsmühlenartig taucht in den Medien jedes Mal nach einem Unwettersommer die Frage auf: «Können und wollen wir uns in Zukunft diese Investitionen noch leisten, lohnt es sich, 50 Millionen Franken in ein abgelegenes Tal zu investieren, oder müssen wir ernsthaft über einen kontrollierten Rückzug aus den Berggebieten nachdenken?»

Für mich ist dies eine theoretische Diskussion. Klar kann es in äusserst seltenen Fällen zu Umsiedlungen kommen, weil die Gefahr für ein Dorf oder einen Dorfteil untragbar wird oder weil die Menschen an Orten gebaut haben, wo die Risiken hoch und die Nutzen-Kosten-Abwägungen für den Bau von Schutzbauwerken sehr schlecht sind. Ansonsten ist die Forderung nach einem Rückzug aus Regionen, wo seit tausenden von Jahren gewohnt und gelebt wird, weit von der Realität entfernt.

Warum? Erstens kann die Diskussion nicht aus einer rein finanziellen Optik geführt werden. Die Bergbevölkerung ist sehr mit ihrer Heimat verbunden und hat ein Recht auf Schutz in ihrem Lebensraum. Zweitens wird ausser Acht gelassen, dass die Berggebiete wichtige Leistungen für das ganze Land erbringen. Sie sind ein Erholungsraum für viele. Zudem wird in diesem Raum ein beträchtlicher Teil der erneuerbaren Elektrizität produziert. Durch die Alpen verlaufen wichtige Verkehrs- und Versorgungsinfrastrukturen, die auch geschützt werden müssen. Drittens sind Umsiedlungen bei Weitem nicht immer die kostengünstigste Lösung. Viertens ist die dezentrale Besiedlung in der Bundesverfassung verankert. Es ist Aufgabe unseres Staatswesens, dafür zu sorgen, dass alles, was sinnvoll und möglich ist, unternommen wird, dass dies so bleibt. Die Schweizer Patenschaft für Berggemeinden wird – mit Ihrer Unterstützung – auch in Zukunft einen wichtigen Beitrag dazu leisten.

Der Vorstand der Schweizer Patenschaft für Berggemeinden traf sich 2024 zu sieben Sitzungen. Es wurden rund 290 Geschäfte behandelt. Unsere ehrenamtlich tätigen Vorstandsmitglieder sowie Expertinnen und Experten klären die meisten Gesuche vor Ort ab. 174 Geschäfte konnten mit rund 15.4 Millionen Franken unterstützt werden. Gut 110 Anfragen mussten aus statutarischen und anderen Gründen leider abgelehnt oder zurückgestellt werden. Die Geschäfte des Vorstandes wurden durch den Präsidialausschuss, die Finanzkommission, die PR-Kommission und die Geschäftsleitung vorbereitet.

Im Namen des Vorstandes danke ich allen Spenderinnen und Spendern, die dazu beigetragen haben, dass wir auch 2024 einen wichtigen Beitrag zum Erhalt von attraktiven Bergregionen leisten konnten, ganz herzlich. Ich danke aber auch allen Akteuren in den Berggemeinden und im Jura und unseren Mitarbeiterinnen der Geschäftsstelle, unter der Leitung von Barbla Graf, für ihren Einsatz.

Der Präsident

Werner Luginbühl
Alt Ständerat